



Preußische Reformer mit Friedrich Wilhelm III. (3. v. l., in Königsberg 1807)



Soldatenstrafe Speißbrutenlauf (um 1770)



Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (um 1840, heute Humboldt-Universität)



König Friedrich Wilhelm III. (1814)

# „Die gute Revolution“

Vor 200 Jahren begann in Preußen das größte Reformprojekt der deutschen Geschichte.

Spitzenbeamte wie Stein, Hardenberg oder Humboldt modernisierten die Verwaltung und befreiten Millionen Bauern, die Universitäten erlangten Weltruf.

So ebneten sie Deutschlands Weg in das Industriezeitalter. *Von Klaus Wiegrefe*

**W**er am 25. Juni 1807 beim ostpreussischen Tilsit die Szene auf der Memel beobachtete, hätte mit guten Gründen darauf setzen können, dass Preußen als Großmacht aus der europäischen Geschichte für immer verschwinden würde. Frierend, in einen russischen Mantel gehüllt, stand König Friedrich Wilhelm III.

am Ufer zwischen russischen Offizieren und blickte auf die beiden Flöße in der Mitte des Stroms, der durch sein Königreich verlief. Der eine Ponton war für das Gefolge gedacht, auf dem anderen befand sich ein prächtig geschmückter Pavillon, an dem zwei Buchstaben weithin sichtbar prangten: A für Alexander, den russischen Zaren, auf der

einen und N für Napoleon, Kaiser des französischen Empire, auf der anderen Seite.

Und während Friedrich Wilhelm draußen warten musste, verhandelten drinnen die Herrscher der beiden damaligen Supermächte über die Teilung des alten Kontinents – und auch über das Schicksal des Hohenzollern.



Maschinenfabrik Borsig in Berlin (um 1847)



Russisch-französische Friedensverhandlungen auf der Memel 1807



Prügelnder Gutsherr (um 1780)

FOTOS OBEN: ANG (L.); INTERFOTO (M.); BPK (R.); UNTEN: ANG (B); GERSTENBERG/ULLSTEIN BILD (R.)

Einige Monate zuvor hatte der korsische Eroberer die vielgerühmte preußische Armee bei Jena und Auerstedt vernichtend geschlagen, war im Triumphzug in Berlin eingezogen und hatte fast ganz Preußen besetzt. Nun plante er, die Hohenzollern zu entthronen und deren Reich aufzuteilen. Russland hätte ein ordentliches Stück bekommen und natürlich Napoleons Bruder Jérôme, für den ein Königreich Westphalen vorgesehen war und dem es noch an Ländereien fehlte.

Am Ende verhinderte der Zar, dass es zum Äußersten kam. Doch auch so besiegelte der zwei Wochen später geschlossene Friede von Tilsit die größte Niederlage in der preußischen Geschichte. Friedrich Wilhelm verlor rund die Hälfte seiner Einwohner und seines Landes. Zudem musste der vom Krieg zerstörte, beinahe bankrotte Rumpfstaat gigantische Zahlungen an Frankreich leisten und die Besatzungs-

kosten übernehmen. Nicht einmal eine Generation nach dem Tod Friedrichs des Großen (1712 bis 1786), der Preußen zur europäischen Großmacht geformt hatte, schien das Königreich am Ende.

Umso erstaunlicher, dass schon wenige Tage nach Tilsit eine ruhmreiche, vielleicht sogar die größte Zeit in der preußischen Geschichte begann. Denn die katastrophale Niederlage machte den Weg frei für eine kleine Gruppe von Staatsdienern, die in den folgenden Jahren ein Feuerwerk an Reformen zündeten und Preußen mit einer Revolution von oben an die Spitze der Moderne in Deutschland katalpultierten.

Es waren einige Dutzend Männer um die Minister Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August Freiherr von Hardenberg, die Militärs Gerhard von Scharnhorst und August Wilhelm Neidhardt Gneisenau oder den Gelehrten Wil-

helm von Humboldt. Sie glaubten an die Veredelung des Menschen und wollten Preußen von Grund auf verändern.

Die Reformer zertrümmerten in nicht einmal einem Jahrzehnt die Fundamente der über Jahrhunderte gewachsenen ständischen Gesellschaft. Bauern und Gesinde erhielten das Recht, zu leben, wo sie wollten, zu heiraten, wen sie wollten, den Beruf zu ergreifen, den sie wollten. Für Millionen Menschen in Preußen ging das Mittelalter erst jetzt wirklich zu Ende.

Manches, was heute zur Grundausrüstung moderner Staaten zählt, wurde damals eingeführt: die kommunale Selbstverwaltung, die Gewerbefreiheit, die Wehrpflicht, die Einkommensteuer (die auch nur vorübergehend und mit einem Spitzensatz von fünf Prozent). Auf einmal durfte jeder Rittergüter kaufen und verkaufen (vorher nur der Adel), Unternehmer werden (vorher nur Bürgerliche), ein Hand-

werk ausüben (vorher nur das Zunftmitglied).

Es war nichts weniger als der „Übergang zur modernen Marktgesellschaft“ (Historiker Thomas Nipperdey), den die Preußischen Reformen ermöglichten. Ein Arbeitsmarkt entstand, der freie Wettbewerb setzte sich durch, Fabrikbesitzer investierten, um Gewinne zu erwirtschaften, mit weitreichenden Folgen. Ohne Bauernbefreiung und Gewerbefreiheit wäre Preußen und damit Deutschland vermutlich nie ein Industriestaat geworden.

Und dann die große Überraschung: Ausgerechnet der „Militärstaat“ (Friedrich der Große) im Nordosten Europas marschierte nach 1807 an der Spitze des zivilen Fortschritts. Die Reformen entrümpelten das Recht und schafften Anachronismen wie das Speißrutenlaufen für Soldaten ab, was die Zeitgenossen „Freiheit des Rückens“ nannten. Endlich wurden jüdische Deutsche ihren christlichen Nachbarn zumindest weitgehend gleichgestellt, was es in Deutschland sonst nur im Königreich Westphalen gab.

Preußen, das Dorado ungebildeter Krautjunker, stieg sogar zum Hort der Dichter und Denker auf. Unter dem Abteilungsleiter Wilhelm von Humboldt ent-

stand ein Bildungswesen, das Weltruf erlangte.

Kein Wunder, dass die Preußischen Reformen zu den wohl am besten erforschten Abschnitten unserer Geschichte zählen.

Das Urteil hat sich dabei mehrfach gedreht. In Zeiten deutsch-französischer Feindschaft, also vor 1945, war die Begeisterung für Stein und Co. auch aus nationalistischen Gründen groß. Damals entstanden im Berliner Regierungsviertel die berühmten Denkmäler für Humboldt (1883 vor der Universität), Gneisenau (1855 beim Prinzessinnenpalais), Scharnhorst (1822 vor der Neuen Wache, heute gegenüber), Stein (1875 auf dem einstigen Dönhoffplatz an der Leipziger Straße, heute vor dem Berliner Abgeordnetenhaus).

Deutschen Nationalisten erschien es geradezu als Vollendung der Reformen, dass Preußen in den sogenannten Befreiungskriegen zwischen 1813 und 1815 an der Seite Russlands und Österreichs Napoleon besiegt, diesen vom Thron gejagt und damit die „Schmach von Tilsit“ getilgt hatte.

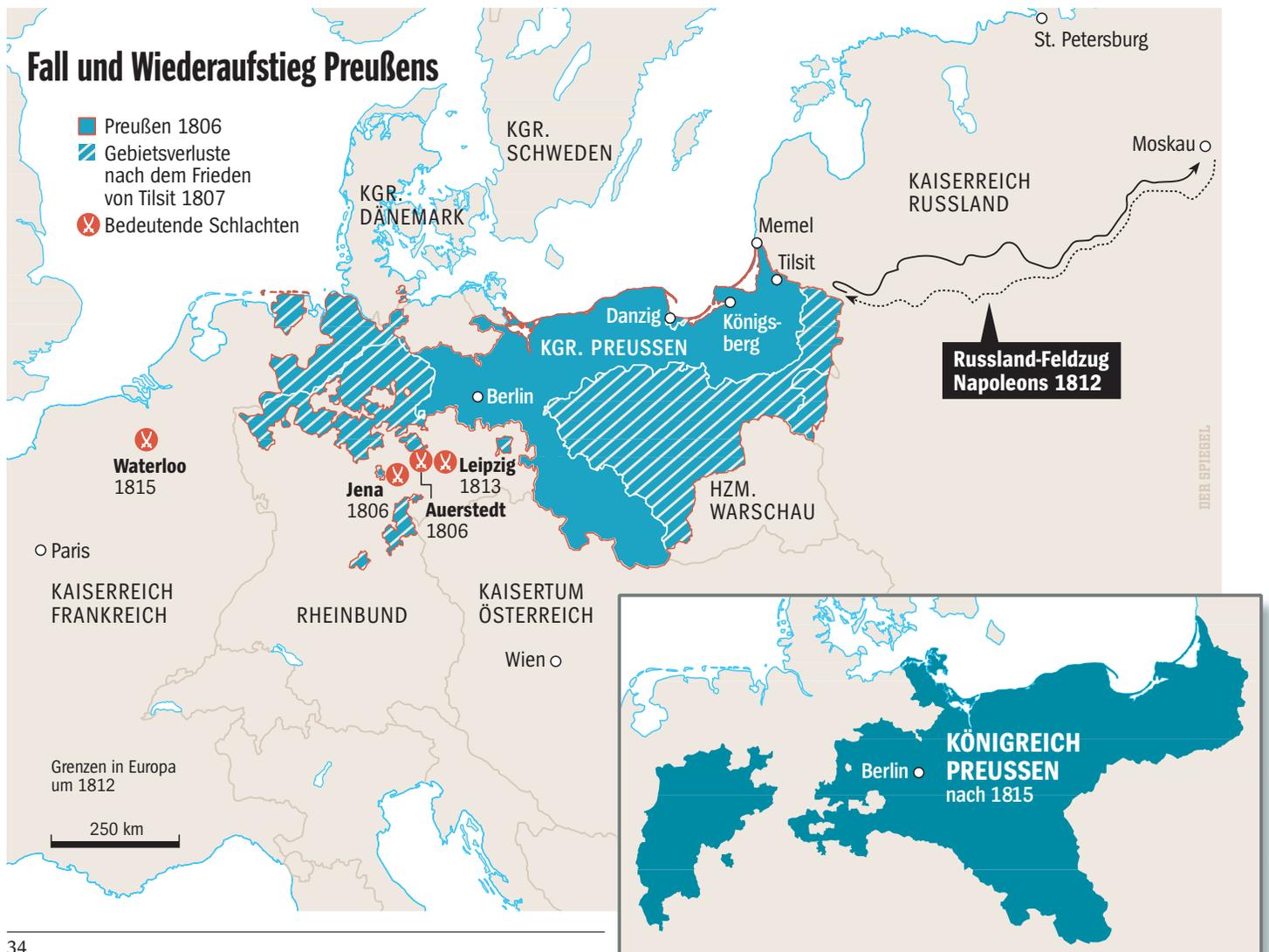
Dass manche Reformen ein Bündnis mit Russland angestrebt hatten, brachte ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg eine wohl-

wollende Betrachtung der SED-Oberen in der DDR ein. In der Bundesrepublik hingegen gab die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Anlass zu einer kritischen Sicht auf die Reformära. Wo begann Deutschlands Weg in den Abgrund? Bei der Suche nach einer Antwort fiel der Blick auch auf die Schattenseiten der preußischen Modernisierung.

Vieles an den Reformen war unvollendet geblieben. Der König hatte sein Versprechen einer Verfassung nicht gehalten. Vor allem aber behaupteten die Junker ihre Macht auf dem Lande, was sich als enorme Hypothek auf Deutschlands langem Weg nach Westen erwies.

Inzwischen ist der Blick wieder freundlicher geworden, und das ganz ohne nationale Ressentiments. Denn erneut hat sich die Perspektive gewandelt, weil neues Wissen dazugekommen ist. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa, aber auch die Probleme der europäischen Industriegesellschaften im Strudel der Globalisierung haben das Bewusstsein dafür geschärft, dass Politik und Verwaltung Modernisierungsprozesse nur in Maßen steuern können.

Nicht zufällig vergleicht der australische Historiker Christopher Clark in seinem



neuen Preußen-Bestseller die Reformer Hardenberg und Michail Gorbatschow\*. Wie der sowjetische Generalsekretär stand der preußische Staatskanzler vor der Aufgabe, ein verkrustetes System zu liberalisieren.

Beide machten die Erfahrung, dass Reformen oft anderes bewirken, als beabsichtigt war, und dass sich Widerstand gegen Wandel leicht mobilisieren lässt, wenn die positiven Wirkungen erst mittel- oder langfristig eintreffen. Doch während die Sowjetunion auseinanderbrach, stieg Preußen am Ende wieder zur Großmacht auf.

Dass der Hohenzollernstaat reformiert werden musste, stand für viele aus dem Reformkreis schon vor der Niederlage gegen Napoleon 1806/07 fest. In Frankreich hatte die Revolution ungeheure Energien freigesetzt, in Großbritannien bereits der Kapitalismus Einzug gehalten, doch in dem Königreich herrschten immer noch feudale Verhältnisse.

Die überwiegend adligen Rittergutsbesitzer waren auf ihren Ländereien Arbeitgeber, Polizist und Richter in einem; die

staatliche Verwaltung hatte dort wenig zu sagen. Die Junker durften „faules, unordentliches und widerspenstiges Gesinde“ züchtigen und Eheschließungen verbieten. In Schlesien und Ostpreußen sind Landleute sogar verkauft worden.

Hunderttausende Familien lebten in dem absurden System der Gutsherrschaft. Obwohl Schafzucht höhere Profite abwarf, hielten Bauern Ochsen als Zugtiere, weil sie damit für den Junker auf dessen Land kostenlos Frondienste leisten mussten. Niemand konnte anbauen, was er wollte, es herrschte Flurzwang. Wollten die Bauern ihr Land vererben, mussten sie vielerorts den Gutsherrn um Erlaubnis bitten.

Die Verhältnisse glichen einer „Barbarei“, urteilte der Reformler Theodor von Schön, einer der Väter der Bauernbefreiung.

Die katastrophale Finanzlage Preußens verlängerte den Reformstau noch. Die Ausgaben für das Heer verschlangen bis zu vier Fünftel der Einnahmen – soweit man deren Höhe überhaupt kannte. Denn es gab nicht etwa eine Staatskasse, sondern mehrere.

Kein Wunder, dass unter den jüngeren Beamten und Offizieren eine kleine Reformpartei heranwuchs. Sie stammten häufig aus dem innerdeutschen Ausland,

aus Nassau (Stein), Hannover (Scharnhorst), Sachsen (Gneisenau). Hohe Gehälter – ein Minister zählte in Preußen zu den Topverdienern – und der Ruhm der Verwaltung aus der Zeit Friedrichs des Großen zogen talentierte Akademiker an. Für die überkommenen Zustände hatten die Wahlpreußen wenig übrig.

Sie beobachteten vielmehr das französische Experiment von „Liberté, Égalité, Fraternité“ oder orientierten sich an Adam Smith, dessen Lehre damals an den Universitäten großen Zulauf fand. Der schottische Ökonom plädierte für ein neues Wirtschaftssystem, basierend auf Privateigentum, Wettbewerb, Freihandel: die freie Marktwirtschaft. Smith zufolge kam den Beamten die Aufgabe zu, dem Markt Spielregeln zu setzen, was auch bedeutete, Motor der Modernisierung zu sein.

Die auffälligsten Begabungen aus der jüngeren Generation waren Freiherr von Stein und Freiherr (ab 1814 Fürst) von Hardenberg. Der 1757 geborene, sieben Jahre jüngere Stein erwarb sich einen Ruf als Erneuerer, indem er die auf preußischem Territorium liegenden westfälischen Kohlebergwerke auf Vordermann brachte. 1804 stieg er zum Minister für Zoll-, Fabrik- und

\* Christopher Clark: „Preußen – Aufstieg und Niedergang, 1600–1947“. DVA, München; 896 Seiten; 39,90 Euro.

#### **Einzug Napoleons in Berlin am 27. Oktober 1806 (Gemälde von Charles Meynier, 1810): *Durchbruch für die Reformer***



**Freiherr vom Stein (1757 bis 1831)**

Der Spross einer Reichsritterfamilie aus Nassau trat 1780 in preußische Dienste und erwarb sich rasch den Ruf eines Reformers. 1804 wurde der Jurist Minister, musste aber nach einem Zerwürfnis mit Friedrich Wilhelm III. gehen. Beide versöhnten sich nach dem Frieden von Tilsit 1807, der König berief Stein zum Regierungschef, und dieser trieb die Reformen voran. Als Napoleon 1808 erfuhr, dass Stein einen Aufstand gegen die französische Besatzungsmacht befürwortete, floh Stein nach Österreich. 1812 trat er in russische Dienste und vermittelte im Jahr darauf das preußisch-russische Bündnis gegen Napoleon. 1816 zog er sich aus der großen Politik zurück.

BLANC KUNSTVERLAG / SÜDD. VERLAG



**Freiherr von Hardenberg (1750 bis 1822)**

Der Lebemann aus Niedersachsen war der Lieblingsreformer der Königin Luise. Er machte sich in den 1790er Jahren als Verwaltungsfachmann einen Namen und war schon vor den Preußischen Reformen mehrfach Minister. 1807 drängte er Friedrich Wilhelm III., Stein zum Regierungschef zu berufen und mit Reformen zu beginnen. Als ein Nachfolger Steins griff er 1810 direkt ins Geschehen ein. Er bereitete den Weg für die Marktwirtschaft und eine weitgehende Gleichberechtigung der preußischen Juden. An der Entmachtung der Junker scheiterte er allerdings. Hardenberg blieb bis zu seinem Tod 1822 Staatskanzler.

BLANC KUNSTVERLAG / SÜDD. VERLAG



Handelswesen auf. Hardenberg wiederum gliederte in den 1790er Jahren mit Bravour die an Preußen gefallenen fränkischen Fürstentümer ein, 1804 berief ihn der König zum Außenminister.

Viel ist über die politischen Unterschiede zwischen den Namensgebern der Stein-Hardenbergschen Reformen geschrieben worden. So wird darauf verwiesen, dass Stein deutlich konservativer war, voller Stolz auf seine Herkunft als Reichsritter, der nur dem Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation untertan war – auch wenn das Territorium derer vom Stein lediglich die Dörfer Frücht und Schweighausen umfasste und das Heilige Römische Reich 1806 unterging.

Der „Frankreichhasser“ Stein (Biograf Heinz Duchhardt) blieb bei allem Libera-

lismus zeitlebens stärker der ständischen Welt verhaftet als der autoritäre Fiskalist Hardenberg, der den unmittelbaren Zugriff einer zentralisierten Verwaltung auf die Bürger durchsetzen wollte.

Das stimmt alles, und doch trennte die Männer vor allem etwas ganz Persönliches: die Frauen. Der ehrpusselige, schroffe Stein verachtete die Lebensweise des weltläufigen Kavaliere und Lebemanns Hardenberg, der als junger Mann ausgerechnet Steins Schwester Luise den Hof gemacht hatte („eine Brünnette mit schönen dunklen Augen ... ich liebe sie unbeschreiblich“).

Stein warf dem dreimal verheirateten Kollegen die Scheidungen und die zahlreichen Affären mit „nichtswürdigen Weibern“ vor. Hardenberg sei ein „seichter, leerer Windbeutel“.

Immerhin waren beide professionell genug, sich bei Hofe zu verbünden, und in der weitblickenden Königin Luise fanden sie eine mächtige Förderin. Die wegen ihrer Schönheit und Volksnähe ungemein populäre Monarchin wusste um die Rückständigkeit ihres Reichs. Doch ihr Gemahl Friedrich Wilhelm III., ein Zauderer auf dem Thron, vermochte sich zumeist gegen eine mauernde Bürokratie und aufmüpfige Junker nicht durchzusetzen. Seine liebste Zeit sei die Bedenkzeit, spottete einer seiner Berater bei Hofe.

Erst nach der vernichtenden Niederlage gegen Napoleon in Thüringen im Oktober 1806 hatten die Reformer den nötigen Rückhalt, denn selbst Ewiggestrige leugneten nun nicht mehr, dass sich etwas ändern musste, wenn Preußen wieder Großmacht werden sollte.

Der Korse hatte die Armee – den Stolz des Hohenzollernstaats – regelrecht gedemütigt. In Auerstedt gingen 50 000 preußische Soldaten vor gerade einmal halb so vielen Franzosen in die Knie. Während Friedrich Wilhelm und der Hof daraufhin nach Ostpreußen flüchteten, fielen zahlreiche preußische Festungen kampfflos. Dass die meisten preußischen Beamten dem Eroberer einen Loyaltätseid schworen, passte in das Bild eines morschen Staatswesens.

Die gigantischen Kontributionsforderungen Napoleons verstärkten den Reformdruck noch. Preußens Wirtschaft lag darnieder, eine Hungersnot drohte. Der melancholische Friedrich Wilhelm dachte sogar an Rücktritt.

Minister Hardenberg und Königin Luise fiel es deshalb nicht allzu schwer, den Monarchen im Juli 1807 zu überreden, Reformminister Stein zum leitenden Minister zu ernennen. In der berühmten „Rigaer Denkschrift“ empfahl Hardenberg seinem Herr-

**Modell Preußen**

**14. OKTOBER 1806**

Der preußisch-französische Konflikt über die Vorherrschaft in Norddeutschland eskaliert. Bei Jena und Auerstedt werden die preußischen Truppen von Napoleons Armee vernichtend geschlagen. Der königliche Hof flüchtet nach Ostpreußen.

**9. JULI 1807**

Im Frieden von Tilsit verliert König Friedrich Wilhelm III. rund die Hälfte seines Landes. Der Abzug der französischen Besatzungstruppen wird von Kontributionszahlungen abhängig gemacht. Erst Ende 1808 verlassen die Franzosen Preußen.

**25. JULI 1807**

Friedrich Wilhelm beruft Generalmajor Gerhard von

Scharnhorst an die Spitze der Militär-Reorganisationskommission. Die Reformer säubern das Offizierskorps (von 143 Generälen bleiben am Ende 2 im Dienst) und öffnen es für Bürgerliche. Nicht Herkunft, sondern Leistung soll künftig über ein Fortkommen entscheiden.

**4. OKTOBER 1807**

Der Reformminister Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein wird leitender Minister. Das Oktoberedikt befreit Bauern mit besserem Besitzrecht sofort aus der Erbuntertänigkeit, alle anderen zum 11. November 1810.

**19. NOVEMBER 1808**

Mit der Städteordnung führt Stein die kommunale Selbstverwaltung ein. Der Regierungschef plant eine Reform des gesamten Staates, doch am 24. November wird er entlassen.



Veröffentlichung zur Auflösung der Erbuntertänigkeit in Schlesien, 1809

**APRIL 1809**

Wilhelm von Humboldt beginnt mit der Reorganisation des Bildungswesens. Die im Jahr darauf neugegründete Berliner Universität verwirklicht das Humboldtsche Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre.

**15. DEZEMBER 1809**

Der königliche Hof verlässt Königsberg und kehrt nach Berlin zurück.

**4. JUNI 1810**

Karl August Freiherr von Hardenberg wird Regierungschef und soll den Staatsbankrott abwenden. Im Finanzedikt zur Vereinheitlichung des Steuerwesens verspricht Friedrich Wilhelm seinen Untertanen erstmals eine Verfassung.

**2. NOVEMBER 1810**

Das Gewerbebesteuereidikt schafft die Voraussetzung für die Marktwirtschaft in Preußen. Nur für wenige Gewerbearten wie Gastwirte, aber auch Maurer und Zimmerleute bleibt der Konzessionszwang bestehen.

**14. SEPTEMBER 1811**

Das Regulierungsedikt verpflichtet Bauern, ihr Land bis zur Hälfte an die Gutsherren zu übertragen – als Entschädigung auch dafür, dass die Junker nicht



SÜDDEUTSCHER VERLAG

**Kartoffelernte auf einem ostelbischen Gut: Tausende vor dem Hungertod gerettet**

scher zudem ein Crash-Programm: Das Land brauche eine „Revolution im guten Sinn“, andernfalls drohe der Untergang.

Hardenberg übernahm nicht selbst die Reformarbeit, sondern zog sich zunächst ins Privatleben zurück, weil Napoleon gegen seine Verwendung ein Veto eingelegt hatte. Aber der Freiherr sorgte dafür, dass Leute seiner Seilschaft Schlüsselpositionen in den beiden Reformkommissionen besetzten, die der König einberief. Die eine kümmerte sich um die Armee, die andere um den Umbau von Staat und Wirtschaft.

Als Stein Anfang Oktober das Amt antrat, fand er bereits mehrere Papiere zur Befreiung der Bauern vor.

Dass man mit den Landleuten begann, lag auf der Hand. Die Bauern stellten die Soldaten, und sie erwirtschafteten den Löwenanteil des Bruttosozialprodukts. So zögerte Stein denn auch nicht lange, modifizierte einen der vorliegenden Entwürfe, besprach ihn mit dem König und unterzeichnete am 9. Oktober das wohl wichtigste Gesetz der preußischen Geschichte: das „Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums so wie die persönlichen Verhältnisse der Land-Bewohner betreffend“.

Die zwölf Paragraphen wirkten wie ein „Donnerschlag“ (Historiker Hans-Ulrich Wehler), denn sie beendeten eine jahrhundertalte Tradition: die Erbuntertänigkeit der Menschen auf dem Lande. „Nach dem Martini-



AKG

Preußisch-französische Schlacht bei Hagelberg 1813 (Farbdruck um 1900)

mehr über die Landleute als kostenlose Arbeitskraft verfügen können.

**24. FEBRUAR 1812**

Unter französischem Druck verbündet sich Friedrich Wilhelm mit Napoleon gegen Russland. Empört quittieren einige Reformer den Dienst. Im Sommer ziehen preußische Truppen mit der Grande Armée gegen den Zaren.

**9. FEBRUAR 1813**

Friedrich Wilhelm führt die Wehrpflicht ein, zunächst nur „für die Dauer des Krieges“. 1814 wird sie endgültig etabliert.

**16. MÄRZ 1813**

Nach der Niederlage Napoleons vor Moskau wechselt Friedrich Wilhelm die Fronten und erklärt Frankreich den Krieg. Die Befreiungskriege enden 1815 mit der

„Tage 1810 giebt es nur freie Leute“ – dieser Satz in Paragraf zwölf ließ Millionen Preußen de jure zu freien Menschen werden. Bauern, Knechte und Mägde durften nach Belieben wegziehen und heiraten, schon bald stieg die Geburtenrate drastisch an. Ihre Kinder mussten nicht mehr für nahezu lau Ställe säubern, Wäsche waschen oder Geschirr spülen.

Die größten Hoffnungen hingen an diesem Satz: dass Preußens Bauern nun so patriotisch kämpften wie die französischen Landleute, dass preußische Bauernhöfe ähnlich effizient wirtschafteten wie britische Gehöfte, dass die Steuern sprudelten.

Auch andere Schranken fielen mit dem Oktober-Edikt: „Jeder Edelmann ist, ohne allen Nachtheil seines Standes, befugt bürgerliche Gewerbe zu treiben, und jeder Bürger oder Bauer ist berechtigt, aus dem Bauer- in den Bürger- und aus dem Bürger- in den Bauerstand zu treten.“

Das war die Freiheit der Berufswahl; und damit in einer Agrargesellschaft der Wechsel überhaupt möglich war, durften sich alle ab sofort gegenseitig Land verkaufen. Der Boden solle zum besten Wirt, lautete die Devise frei nach Adam Smith. Der freie Güterverkehr begann.

Wie zu erwarten, liefen die Rittergutbesitzer Sturm gegen den neuen Geist des Kapitalismus, der ihnen ihre Privilegien nahm. Sie deckten den Königshof mit Protesten und Änderungswünschen ein. In Schlesien versuchten Gutsherren sogar, das neue Dokument geheim zu halten, und fachten damit einen Aufstand der Bauern an. „Lieber noch drei Auerstedts als ein Oktober-Edikt“, schimpfte ein Freiherr von der Recke.

Die Gutsherren verlangten von den Bauern eine Entschädigung dafür, dass sie auf

**11. MÄRZ 1812**

Das Emanzipationsedikt setzt eine weitreichende Gleichberechtigung der jüdischen Preußen durch. Es schafft die ihnen auferlegten Sondersteuern ab. Sie können Land erwerben, Beruf und Wohnort frei wählen. Allerdings dürfen nur Christen Beamte und Offiziere werden.

**30. JULI 1812**

Laut Gendarmerieedikt soll ein staatlich bestellter Kreisdirektor die Macht der Gutsbesitzer auf dem Lande brechen. Das Edikt scheitert an deren Widerstand.

Verbannung Napoleons nach St. Helena.

**18. SEPTEMBER 1814 BIS 9. JUNI 1815**

Auf dem Wiener Kongress wird Preußen für die Verluste von Tilsit mit Westfalen, dem Rheinland, Nordsachsen und Schwedisch-Pommern (mit Rügen) entschädigt.

**26. SEPTEMBER 1815**

Preußen schließt sich mit Österreich und Russland zur Heiligen Allianz zusammen, die nationale und liberale Bewegungen in Europa unterdrückt.

**20. SEPTEMBER 1819**

Auf Drängen Preußens und Österreichs verabschiedet der Deutsche Bund die „Karlsbader Beschlüsse“: Die Zensur wird verschärft, die Universitäten werden überwacht. Zahlreiche Reformer verlassen die preußische Regierung.

**11. JUNI 1821**

Friedrich Wilhelm verlegt die gesamtstaatliche Repräsentativ-Verfassung auf unbestimmte Zeit und bricht damit sein Verfassungsversprechen. Hardenberg wird faktisch entmachtet. Ein Jahr später stirbt er.

DER SPIEGEL



Berliner Stadtschloss (Gemälde von Carlo Bossolium, um 1865): Spitze des zivilen Fortschritts

deren kostenlose Arbeitskraft künftig verzichten sollten. Und sie forderten eine Kompensation von den Landleuten für die Preisgabe angeblicher gutsherrlicher Rechte am Bauernland – obwohl umstritten war, wem der Boden letztlich gehörte, den die Bauern bewirtschafteten.

„Der Adel im Preussischen ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchsvoll auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge jeder Art ist“, klagte Stein später über seine Standesgenossen.

Es war vor allem Königin Luise, die für ihn beim Herrscher ein gutes Wort einlegte. Den Hindenburgs, Bredows und Moltkes kam zustatten, dass die preußische Krone ein Jahrzehnt zuvor das vielgerühmte Preußische Allgemeine Landrecht verabschiedet hatte, das Eigentum ausdrücklich garantierte. Diese Bestimmung gilt heute als Voraussetzung für den Weg in die Industriegesellschaft. Aber in der Reformära behinderte sie den Fortschritt, denn die Reformgegner konnten sich darauf berufen.

Bei ihrer Lobbyarbeit gingen die Junker erstaunlich modern vor. Sie lancierten Artikel in der Presse, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und trafen sich in manchen Gegenden alle zwei Wochen in „Kreiskränzchen“ mit fester Tagesordnung; da wurden dann die Gesetzesinitiativen der Regierung besprochen und Forderungen formuliert.

Die finanziellen Ansprüche Napoleons an Preußen gaben der Opposition in den folgenden Jahren die schärfste Waffe an die Hand. Denn die Regierung benötigte die Zustimmung der Stände, um durch Steuern und Verpfändungen von Krongut

das Geld für die Franzosen aufzutreiben. Und die Gutsbesitzer ließen sich ihr Votum mit für sie überaus günstigen Entschädigungsregelungen teuer bezahlen.

Staatliche Generalkommissionen besichtigten die Güter und legten fest, was die Bauern für ihre Freiheit im Einzelfall zu leisten hatten. Und da diese in der Regel nicht über Ersparnisse verfügten, mussten sie Land abgeben – oft die Hälfte ihres Bodens – oder sich hoch verschulden. Die sogenannte Regulierung zog sich das ganze 19. Jahrhundert hin. Einige Bauerngruppen wurden von den Reformen sogar wieder ausgenommen und schufteten noch Jahrzehnte nach dem Oktober-Edikt umsonst auf den Gütern der Junker.

Die Reformer haben nie versucht, die Landbevölkerung zu mobilisieren – das lag außerhalb ihrer Vorstellungswelt, schließlich sollten die Reformen einer Revolution vorbeugen und diese nicht anfangen. Manch ein Reformer profitierte zudem persönlich von der Entschädigungsregelung.

Von sich aus rebellierten die Landleute nur in wenigen Orten, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Historiker Bernd von Münchow-Pohl sieht eine „Apathie grenzende Passivität“, die sich deutlich vom Furor der französischen Bauern 1789 unterschied.

Da die meisten Preußen der Reformära Analphabeten waren und keine Aufzeichnungen hinterließen, sind die Gründe für diese Passivität nicht bekannt. Mochten sie für die Reformen nicht zu Felde ziehen, weil sich zunächst an den tatsächlichen Verhältnissen nicht viel änderte? Oder wollten die Bauern nicht den Aufstand wagen, weil es ihnen in Preußen trotz der

Junkerherrschaft immer noch vergleichsweise gutging, wie der Historiker Clark betont (siehe Gespräch Seite 43)?

**A**m Ende bezahlten die Bauern für ihre Freiheit mit Land und Geld im heutigen Wert von rund 300 Millionen Euro. Knapp fünf Millionen Hektar Land, eine Fläche von der Größe Niedersachsens, strichen die Großgrundbesitzer ein – und sicherten damit ihre Vormachtstellung bis ins 20. Jahrhundert.

Rund 100 000 Bauern hingegen verloren alles. Aus der Schicht der Landlosen rekrutierte sich später jenes Heer von Arbeitern, das die industrielle Revolution erst ermöglichte – eine der nicht intendierten Folgen der Reform, denn weder Stein noch Hardenberg konnten 1807 wissen, dass sich die Welt so verändern würde.

Am Beispiel der Preussischen Reformen weisen Sozialwissenschaftler wie der Historiker Wehler auf die Dialektik von Modernisierungsprozessen hin, deren Schattenseiten „Machtausnutzung, die Ausbeutung der Schwächeren, das Abwälzen von Lasten“ seien.

Und dennoch zählten auch preussische Landleute zu den Gewinnern des Oktober-Edikts. Von den Fesseln der Ständegesellschaft befreit, produzierten sie auf dem ihnen verbliebenen Land deutlich mehr als zuvor. Ein „neuer Geist“ sei in die Bauern gefahren, notierte 1814 ein preussischer Beamter. Schon nach wenigen Jahren war die Landschaft Ostelbiens vielerorts kaum wiederzuerkennen. Statt steiniger, mit Dornensträuchern bedeckter Böden propere Felder mit Kartoffeln, Klee oder Zuckerrüben – Grundlage einer intensiven Landwirtschaft. Die Nutz-

fläche stieg um 60 Prozent, die Produktion um 40 Prozent.

Was heute wie eine Marginalie der Geschichte anmutet, rettete vermutlich Zigtausenden Menschen das Leben. Denn im 19. Jahrhundert explodierte die Bevölkerungszahl in ganz Europa, auch in Preußen. Die zehn Millionen Untertanen der Hohenzollern um 1815 haben sich in 50 Jahren ungefähr verdoppelt. Hungersnöte wie in Irland blieben unseren Verfahren jedoch fast ausnahmslos erspart – dem Oktober-Edikt sei Dank.

Verfasst worden war das bahnbrechende Dokument in Memel und nicht in Preußens Hauptstadt Berlin. Napoleon hatte nämlich trotz des Friedens von Tilsit 150 000 Soldaten im Land gelassen, um Kontributionen einzutreiben; sie zogen erst 1808 ab. Nur das Memelland und Teile Ostpreußens blieben unbesetzt. Der Hof residierte daher zunächst in Memel, dann bis Ende 1809 in Königsberg und mit ihm die Reformen.

Eine bunte Truppe fand sich am Pregel zusammen, Grafen und Fürsten, ehemalige Hauslehrer, Ärzte, Apotheker und ein Bauernsohn. Viele hatten ihre Familie gar nicht erst mitgebracht. Die Männer lebten in beschlagnahmten Wohnungen und Häusern.

Die wichtigsten Reformer – Stein, die Offiziere Scharnhorst, Gneisenau, die Agrarexperten Schön, Georg Heinrich Nicolovius und der Bildungsfachmann Johann Wilhelm Süvern – besprachen sich einmal in der Woche. Protokolle wurden leider nicht geführt. Auch daher entstand der Eindruck, als versammelte sich eine Gruppe mit klarem Programm.

Inzwischen weiß man: Es gab Gemäßigte und Radikale, Anti- und Philosemiten, Konservative und Liberale, Protektionisten und Freihandels-Anhänger, Lobbyisten der Gutsbesitzer und Bauernfreunde (davon allerdings nur wenige).

Die Menschen dachten damals noch nicht entlang politischen Grundsatzpositionen, sondern orientierten sich von Fall

zu Fall. Kaum einer der Reformer begrüßte *alle* geplanten Maßnahmen. Der Finanzexperte Barthold Georg Niebuhr lehnte die allgemeine Wehrpflicht ab, die zu den Kernpunkten der Reform gehörte. Stein wiederum wollte die Prügelstrafe für Soldaten beibehalten, sein Mitarbeiter Vincke die Zünfte bewahren. Manche Projekte sind weniger am Widerstand bornierter Junker, sondern an Streitereien und Intrigen der Reformer untereinander gescheitert.

Natürlich ging es bei den Kabalen immer auch um den Ruhm vor der Nachwelt, der lange Zeit vor allem Stein zufiel. „Ich bin weit entfernt, (Herrn vom Stein) irgendein Verdienst streitig zu machen, nur ist billig, dass ihm nicht, wie fast allgemein geschieht, zugeschrieben werde, was mir gebührt“, beklagte sich später Hardenberg – zu Recht.

Denn Steins Engagement im engeren Sinne sind nur zwei Veränderungen zuzuschreiben: Er beendete das chaotische Regierungssystem mit einer Vielzahl von Behörden, die neben- und gegeneinander agierten, mit einem König an der Spitze, der sich eine Beraterrunde (das Kabinett) hielt, deren Mitglieder stets mitredeten, aber selten für etwas verantwortlich waren. Stein etablierte stattdessen ordentliche Ressorts mit verantwortlichen Ministern an der Spitze. Diese Regierungsform hat sich bis in die Gegenwart gehalten.

Und dann die vielgerühmte Städteordnung, eine Art Magna Charta der deutschen Kommunalpolitik. Der Regierungschef erhoffte sich von dem Gesetzeswerk eine „Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns“. Mit Beteiligung an der lokalen Politik wollte er das Bürgertum für das preußische Staatswesen mobilisieren. Die Bürger sollten ihre Stadtverordneten und ihren Magistrat wählen. Die Städte erhielten die Selbstverwaltung, durften über Steuern und Ausgaben entscheiden.

Der von Stein erhoffte Effekt blieb allerdings aus. Für Breslau, Stettin oder Potsdam bedeutete die Reform nämlich in erster Linie höhere Kosten, weil die Kommunen die „Policey“ übernahmen; so bezeichnete man zusammenfassend das Schul-, Armen- und Gesundheitswesen, die Gewerbeaufsicht, die Instandhaltung von Straßen und öffentlichen Bauten. In Ostpreußen erklärten gleich mehrere Städte, sie würden auf die teure Freiheit lieber verzichten.

Und da nur ein Bruchteil der Stadtbewohner ausreichend Einkommen bezog, um das Bürgerrecht zu erwerben, blieben die Chancen der Steinschen Städteordnung

ungenutzt. Zu einer Liberalisierung des preußischen Bürgertums kam es erst Jahrzehnte später, unter anderen Umständen.

Vielleicht hätte Stein manches noch korrigiert, wenn er länger in preußischen Diensten geblieben wäre. Doch als der König die Städteordnung am 19. November 1808 unterzeichnete, stand der Freiherr bereits vor der Entlassung.

Gut ein Jahr nach dem Frieden von Tilsit war Europa nämlich nicht wieder zur Ruhe gekommen. Seit das Volk in Spanien gegen die französischen Besatzer rebellierte und zugleich Österreich – die andere deutsche Großmacht – zum Krieg gegen Napoleon rüstete, sahen viele am preußischen Hof die Gelegenheit gekommen, das „Ungeheuer“ (Stein über Napoleon) abzuschütteln, darunter Stein.

Unter den Militärs, die geleitet von Scharnhorst, dem Chef des Generalstabs und Vorsitzenden der Militär-Reorganisationskommission, die Armee reformierten, kursierte der kühne Plan eines Volkskrieges. Für preußische Offiziere (fast alles Adlige), die sonst Zivilisten (fast alles Bauern) nur verachteten, war das ein geradezu revolutionärer Vorstoß. Doch der König scheute das Risiko, und nachdem die Franzosen einen Brief Steins abgingen, aus dem entsprechende Überlegungen hervorgingen, musste der Minister gehen. Auch die Königin rückte von ihm ab. Stein verließ Preußen.

Der Sturz des prominenten Regierungschefs und die Ernennung eher farbloser Nachfolger ließen viele Reformgegner hoffen, dass der wankelmütige König den Kurs wechseln würde. „Ein unsinniger Kopf ist



Königin Luise\*: Hilfe für Stein und Hardenberg

### Gerhard von Scharnhorst (1755 bis 1813)

Der spät geadelte General machte zunächst in der Hannoverschen Armee Karriere. Erst 1801 trat er in preußische Dienste und erkannte bald den Reformbedarf des Heeres. Friedrich Wilhelm III. berief ihn im Juli 1807 zum Vorsitzenden einer Reformkommission. Scharnhorst öffnete das Offizierskorps für Bürgerliche, schaffte das Spießrutenlaufen ab und setzte sich für die allgemeine Wehrpflicht ein. Scharnhorst starb 1813 an den Folgen einer Verwundung aus der Schlacht von Großgörschen.

AG / JULIEN BILD

\* Gemälde von Karl Wilhelm Wach, 1812.

schon zertreten, das andere Natternge-schmeiß wird sich in seinem Gift selbst auflösen“, jubelte Hans David Ludwig York, einer der Führer der Opposition, der später als Graf Yorck von Wartenburg zu einem führenden General Preußens aufstieg.

Doch nur wenige Monate nach Steins Flucht traf in Königsberg der wohl weltweit berühmteste unter den preußischen Reformern ein: Wilhelm von Humboldt. Und auch wenn die Historiker inzwischen herausgefunden haben, dass der überaus liberale Humboldt nur einer von mehreren war, denen das Verdienst für die Bildungsreform gebührt, so verbindet sich mit seinem Namen die großartige Erfolgsgeschichte.

Stein hatte den Außenseiter noch vor seinem Sturz als „Geheimen Staatsrat und Direktor der Sektion für Kultus und Unterricht“ vorgeschlagen, denn Bildung war nach Ansicht der Reformen ideelle Voraussetzung aller Veränderungen. Man wollte nichts weniger als den neuen Menschen, der mit der Freiheit zum Wohle des Staats umzugehen wusste.

Vermutlich war Stein auf den 41-jährigen Juristen aufmerksam geworden, weil einer seiner Mitarbeiter Wilhelm und dessen Bruder Alexander, dem berühmten Naturforscher, in deren Kindheit einst Privatunterricht erteilt hatte.

Es zählt zu den Treppenwitzen der Geschichte, dass mit Humboldt ausgerechnet ein Mann, der selbst nie eine Schule besucht hat und aus ideologischen Gründen ursprünglich den Eingriff des Staats in die Bildungspolitik als Übel ansah, zum Vater des staatlichen Bildungswesens wurde.

Der charmante Spross einer Berliner Aristokratenfamilie zierte sich lange, ehe er die Aufgabe annahm. Humboldt, Freund von Geistesgrößen wie Schiller und Goethe, bevorzugte das Gelehrtenleben. Offiziell residierte er als preußischer Vertreter beim Päpstlichen Stuhl in Rom, de facto studierte der Altertumsliebhaber in der Ewigen Stadt die Antike.

Am Ende mochte er sich dem aufwallenden Patriotismus dann doch nicht verschließen. „Wir gehören einmal zu dem Lande, unsere Kinder auch, ganz müßig kann man dafür nicht bleiben“, schrieb er an Ehefrau Caroline. Im April 1809 rollte Humboldts Kutsche in Königsberg ein.

Humboldt hatte einen guten Start, das Königspaar zeigte sich dem Ankömmling gewogen. Vor allem mit Luise verband ihn gegenseitige „Bewunderung und Zuneigung“ (Humboldt-Biograf Peter Berglar). Und in der neugegründeten Bildungsabteilung standen ihm erstklassige Mitarbeiter wie der langjährige Schuldirektor Süvern zur Seite.

Die brauchte Humboldt, denn vor ihm lag eine Herkulesaufgabe. In Preußen gab es weder einheitliche Lehrpläne noch verbindliche Qualitätsstandards oder eine geordnete Ausbildung der Lehrer. Beinahe

jeder durfte Schulen gründen und Pauker einstellen.

Das Ergebnis: In Volksschulen kamen bis zu hundert Kinder auf einen Lehrer; häufig standen Schneider oder andere Handwerker vor der Tafel, um sich durch den Unterricht etwas dazuzuverdienen. Wenn sie rechnen konnten, galt das als etwas Besonderes.

Die beiden Universitäten Preußens in Königsberg und Frankfurt (Oder) – die anderen Hochschulstädte hatte man im Frieden von Tilsit abtreten müssen – waren ebenfalls in beklagenswertem Zustand.

Das Leitbild der Humboldt-Truppe stammte aus dem antiken Griechenland. Die sogenannten Neuhumanisten sahen in Bildung den „wahren Zweck des Menschen“ (Humboldt), losgelöst von den Zwängen der Arbeitswelt und damit ein Wert an sich; lebenslang und allumfassend sollte sie sein und dem Einzelnen zur Entfaltung seiner Kräfte verhelfen.

**Wilhelm von Humboldt (1767 bis 1835)**

Der Schöngest aus Berlin ließ sich lange bitten, ehe er 1809 die Reform der Bildungspolitik einleitete. Die Dominanz der Gymnasien, die staatliche Garantie des Bildungsniveaus, die Einheit von Forschung und Lehre an den Universitäten gehen auf Humboldt (und seine Mitarbeiter) zurück. Weil er nicht befördert wurde, wechselte der Liberalste unter den Reformern 1810 auf einen Gesandtenposten. Zeitweilig agierte er als Hardenbergs rechte Hand in der Außenpolitik.



ULSTEIN BILD

1819 wurde er Minister, doch weil er gegen die Unterdrückung der Opposition protestierte, wurde er im selben Jahr entlassen.

Das klingt heute geradezu poetisch, damals war ein solches Programm eine Kampfansage an die leistungsunabhängige Ständegesellschaft, in der „adelige Nichtskönner“ (Historiker Wehler) Schlüsselpositionen besetzten.

Humboldt forderte Elementarunterricht für alle, unabhängig vom Stand. Er schaffte die ständische Gliederung der Schulen ab und sorgte dafür, dass in der Regel die Hochschulen nur besuchen durfte, wer das Abitur bestanden hatte. Dutzende Schulen, die den Anforderungen nicht genügten, verloren das Abiturrecht. Und in der Tat zeigen die Statistiken, dass deutlich mehr Jungen aus dem Kleinbürgertum die Reifeprüfung ablegten. Die hohen Ansprüche bildeten allerdings zugleich eine Barriere, die bildungsfernen Schichten den Aufstieg verstellte.

Es sind gigantische Reformpläne, die Humboldt und seine Leute in wenigen Monaten entwickelten, denn sie wollten

ein neues Unterrichtsideal durchsetzen: „Lernen lernen“ statt stumpfes Pauken. Humboldt trommelte daher für das humanistische Gymnasium. So wurde dieses zur dominierenden höheren Bildungsanstalt der Deutschen.

Auch sonst sollte alles geändert werden, und vieles wurde Wirklichkeit. Die Reformen führten das Schuljahr ein: „Die gelehrten Schulen müssen niemals Kinder annehmen als beim Anfang eines neuen Lehrsemesters.“

Der Staat garantierte fortan die Qualität des Bildungswesens: Lehrer mussten staatliche Prüfungen bestehen, bevor sie am Gymnasium unterrichten durften; der Lehrplan wurde landesweit einheitlich vorgegeben; Schulabgänger hatten – zumindest in der Theorie – gleichen Kenntnisstand. Dass Preußen im ausgehenden 19. Jahrhundert einen Spitzenplatz bei der Alphabetisierung einnahm, lag maßgeblich an Humboldts Reformen.

Freilich wäre alles noch schneller gegangen, wenn Humboldt und Süvern zudem die Volksschule reformiert hätten. Doch Friedrich Wilhelm meinte, dass Kinder „der arbeitsamen Volksklasse“ nur entsprechend „ihren geringen und eingeschränkten Verhältnissen schreiben und rechnen“ können sollten. Und so blieb auf dem Lande, wo die meisten Menschen lebten, zunächst noch vieles beim Alten: überfüllte Klassen, schlechtausgebildete Lehrer, Rohrstockpädagogik.

Wissenschaftler, die den Übergang von traditionellen zu modernen Gesellschaften untersuchen, halten die Verbreitung der Elementarbildung für ein Modernisierungsmerkmal. An Humboldts Reformen wird freilich die Ambivalenz des Modernisierungsprozesses deutlich.

Indem der Staat das Bildungsniveau sicherstellte, bekam er zugleich die Möglichkeit, Untertanen von Kindesbeinen an zu disziplinieren, per Lehrplan, Schulaufsicht und Pädagogenausbildung. Bereits 1810 verlangte Friedrich Wilhelm von Lehrern „patriotische Eigenschaften“. Von dort war der Weg zur nationalistischen Indoktrination nicht weit, wie sie in der zweiten Jahrhunderthälfte üblich wurde.

Die Krönung der Humboldtschen Reformen bildete die Gründung der Berliner Universität. Am 6. Oktober 1810 wurden die ersten sechs Studenten immatrikuliert: je einer in Medizin, Theologie, Pharmazie und drei in Jura. Die Professoren – Geistesgrößen wie Fichte (Gründungsrektor), Hegel (ab 1817), Schleiermacher (ab 1810) – verlangten von den Studiosi etwas ganz Neues: selbständiges Arbeiten.

Studenten und Lehrende sollten sogar gemeinsam die Forschung vorantreiben. Humboldt legte fest: „Darum ist auch der Universitätslehrer nicht mehr Lehrer, der Studierende nicht mehr Lernender, sondern dieser forscht selbst, und der Pro-



**Bibliothek der Berliner Humboldt-Universität:** *Ein Wunder der Reformära*

fessor leitet seine Forschung und unterstützt ihn.“

Das Ideal der Einheit von Lehre und Forschung trat von der Spree aus seinen Siegeszug an.

Dass der immer noch klamme Staat die Gründung einer Universität bezahlte, zählt dabei zu den Wundern der Reformära.

Weder Stein noch seinen Nachfolgern war nämlich gelungen, wofür sie der König in erster Linie geholt hatte: die Finanzen zu sanieren. Mit immer neuen Steuern brachten sie vielmehr die Leute gegen sich auf.

In seiner Not ernannte Friedrich Wilhelm 1810 schließlich doch noch Hardenberg zum Staatskanzler. Dieser – zugleich Lieblingsreformer der Königin – hatte ein Ende der Schuldenwirtschaft versprochen; Napoleon, der um die Kontributionen fürchtete, stimmte zu.

Friedrich Wilhelm vertraute damit die Staatskasse ausgerechnet seinem wohl am

höchsten verschuldeten Untertan an, denn Hardenberg stand damals vor der Pleite und hatte sich nicht zuletzt deshalb nach dem neuen Amt gedrängt. Dem König bot er an, auf sein Gehalt zu verzichten, und versprach, sich stattdessen aus dem Staatshaushalt nur zu nehmen, was er benötigte. Der naive Friedrich Wilhelm stimmte zu, Hardenberg ließ sich das Dreifache der üblichen Bezüge auszahlen und sanierte seine Güter.

Der Staatskanzler blieb zwölf Jahre im Amt; was er auch Königin Luise verdankt. Sie war zwar kurz nach Hardenbergs Amtsantritt an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben, doch auf dem Totenbett hatte sie sich bei ihrem Mann für Hardenberg ausgesprochen.

**H**ardenberg war von allen Reformern ohne Zweifel der cleverste. Er baute sich einen eigenen Mitarbeiterstab auf, lancierte gezielt seine Leu-

te in die Verwaltung und handelte dem Monarchen umfassende Vollmachten ab.

Die Minister hatten Hardenbergs Anordnungen selbst dann Folge zu leisten, wenn diese königlichen Verfügungen zuwiderliefen. Der Historiker Thomas Stamm-Kuhlmann hat Hardenberg sogar als „Ersatzkönig“ bezeichnet.

Insofern wäre zu erwarten gewesen, dass Hardenberg jetzt, vier Jahre nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt, rasch jene Reformen durchsetzen würde, die noch ausstanden: etwa die Einführung der Wehrpflicht; eine Steuerreform, die nicht mehr zwischen Stadt und Land unterschied und überhaupt erst einmal alle Einwohner besteuerte; oder die politische Entmachtung des Adels auf dem Lande, damit dort die staatliche Verwaltung griff.

Doch der preußische Staat, bis heute Inbegriff omnipotenter Obrigkeit, erwies sich nach 1810 als zu schwach, um das gesamte Reformprogramm gegen den Widerstand der Stände durchzusetzen. Der Schock der Niederlage war verblasst; Hardenberg stieß sogar auf Widerstand im eigenen Apparat. So legte der Justizminister eine Kabinettsorder einfach zur Seite, die den Gutsherren das Recht nehmen sollte, auf ihren Ländereien Richter zu spielen; später verschwand das Dokument ganz.

Immerhin etablierte Hardenberg 1810/11 die Gewerbefreiheit. Ob Siemens, Krupp oder Borsig – solche Konzerne von Welt-rang hätten ohne diese Liberalisierung nicht entstehen können. Sie erlaubte es jedermann, einen Gewerbeschein zu kaufen und ein Unternehmen zu gründen, nicht nur Zunftmitgliedern. Die Gewerbefreiheit ermöglichte den Aufstieg Preußen-Deutschlands zur Weltwirtschaftsmacht, und dass Preußen diesen Schritt deutlich vor anderen deutschen Staaten tat, sicherte dem Hohenzollernreich einen uneinholbaren Startvorteil auf dem Weg in die Industrialisierung.

Das Verdienst kann Hardenberg allerdings nur indirekt gutgeschrieben werden – die Gewerbefreiheit sollte seinen Plänen zufolge Knechten und Tagelöhnern, die von der Bauernbefreiung betroffen waren, eine Zukunftsperspektive auf dem Lande bieten. An Großindustrie hatte der Staatskanzler nicht gedacht.

Noch heute ist die Ansicht verbreitet, dass die preußischen Reformen zur nationalen Aufwallowung der Deutschen gegen Napoleon maßgeblich beigetragen hätten. Der Sieg in den Befreiungskriegen ab 1813 wäre demnach eine Folge von Bauernbefreiung, Städteordnung und Gewerbefreiheit gewesen.

Die Quellen widersprechen dieser Version, denn die Reformen griffen nicht sofort. Die Wirtschaftslage blieb desaströs. „Die Herzen der Nation sind von der Regierung abgewandt worden“, notierte 1811 Militärreformer Gneisenau über die Stimmung der Preußen, „nicht mehr Gleich-



Preußischer Angriff bei Waterloo 1815 (Gemälde von Adolf Northen, um 1863): Wiederaufstieg zur Großmacht

gültigkeit, sondern offenbares Übelwollen ist es, was in der meisten Herzen und Mund ist.“

Als Napoleon seinen Krieg gegen Russland vorbereitete und von Preußen Unterstützung einforderte, blieb Friedrich Wilhelm auch deshalb lieber an der Seite des Korsen, als den Aufstand gegen die Franzosen zu wagen. Im Sommer 1812 marschierten preußische Hilfstruppen mit der Grande Armée in die Weiten Russlands.

**M**it dem Russland-Feldzug begann die kurze Schlussphase in der vielschichtigen Beziehung zwischen Napoleon und den preußischen Reformern. Sein Sieg bei Jena und Auerstedt hatte ihnen den Weg zur Macht geebnet, seine Finanzforderungen dann den Reformgegnern in die Hände gespielt. Nun verschaffte Napoleons Niederlage in Russland den Reformern einen letzten großen Auftritt auf der historischen Bühne.

Denn es war die Führung der von Scharnhorst umgestalteten Armee, die den ewig zaudernden Friedrich Wilhelm unter Druck setzte und dafür sorgte, dass er nach Napoleons Desaster in Moskau schließlich doch noch Anfang 1813 die Fronten wechselte. Preußen verbündete sich mit Österreich und Russland; hätte sich der Monarch geweigert, wäre er möglicherweise abgesetzt worden.

Am 9. Februar 1813 führte Friedrich Wilhelm „für die Dauer des Krieges“ die allgemeine Wehrpflicht ein, eine Schlüsselforderung der Reformen, weil sich nur auf diese Weise ausreichend Soldaten mobilisieren ließen, um gegen Napoleons

Armee zu bestehen. Die Vision von der Nation in Waffen – ein „Griff ins Zeughaus der Revolution“ (Gneisenau) – war auf besonders heftigen Widerstand der Konservativen gestoßen. Alle Männer zwischen 17 und 24 Jahren mussten sich binnen acht Tagen melden, sonst wurden sie geholt.

Zwei Monate später rief der Monarch sogar zum Landsturm auf, eine Art letztes Aufgebot für einen Partisanenkampf. „Jeder, der gegen die Wand pissen kann“, wie es Scharnhorst formulierte, sollte auf den Feind losgehen, mit „Piken, Heugabeln, Sensen“. Das entsprach der Volkskriegsidee, die Gneisenau seit Jahren propagiert hatte.

Am Ende beteiligte sich Preußen mit 280 000 Soldaten – überwiegend reguläre Einheiten – an den Befreiungskriegen, was zwölf Prozent der männlichen Bevölkerung entsprach, für damalige Verhältnisse ein gigantischer Wert. 1815 wurde der französische Kaiser endgültig besiegt und nach St. Helena verbannt.

Auf dem Wiener Friedenskongress erhielt Preußen zwar nicht alle Territorien zurück, die es in Tilsit verloren hatte, wurde aber für die Verluste durch Westfalen, das Rheinland und andere Gebiete entschädigt. Der nordostdeutsche Staat stieg wieder zur europäischen Großmacht auf.

Unter Historikern ist umstritten, wann die Reformära endete. Sicher ist, dass der große Schwung unwiderbringlich verloren ging, als es mit der napoleonischen Herausforderung vorbei war.

Preußen schloss sich mit Österreich und Russland zur Heiligen Allianz zusammen,

deren Ziel es war, Freiheitsbewegungen in Europa zu unterdrücken. Für Veränderungen hatte Friedrich Wilhelm nur noch wenig Sinn. Kein Wunder, dass er sein Verfassungsversprechen nicht einlöste; er hatte es erstmals 1810 gegeben, als er die Unterstützung der ganzen Nation benötigte.

Nach und nach reichten die Reformen ihren Abschied ein, oder sie wurden aus der Regierung gedrängt.

Spätestens mit dem Tod Hardenbergs 1822 war die Reformära zu Ende.

Trotz des Abschieds auf Raten zählen die Preussischen Reformen zu den großen Modernisierungsprojekten der europäischen Geschichte. Sie verstärkten zwar die Tendenz der Menschen in Preußen, Wandel als Veränderung von oben zu erwarten. „Revolutionen“, konnte Otto von Bismarck noch Jahrzehnte später unwidersprochen behaupten, „machen in Preußen nur die Könige.“

Doch die Politik von Stein und Hardenberg setzte eine große wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik frei, und so brauchen die Preussischen Reformen keinen Vergleich zu scheuen, auch nicht den mit der Französischen Revolution, dem anderen großen Modernisierungsprojekt jener Epoche. Frankreich blieb lange Zeit rückständiges Agrarland, Preußen hingegen wurde zu einem prosperierenden Industriestaat mit Universitäten von Weltruf.

Und während die Revolution in Frankreich mit ihrem Terror und den Kriegen Millionen Menschen das Leben kostete, musste für die Preussischen Reformen niemand seinen Kopf unter das Fallbeil legen.

Für deutsche Verhältnisse ist das kein schlechtes Ergebnis.